

# Europa-Info Mittelrhein

von Ruth Hieronymi MdEP - Dezember 2005



## Parlamentarier fordern neue Strategie zur Erweiterung

Mit dem Beschluss der 25 EU-Regierungschefs vom 3.10.2005 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bleibt das Thema „Erweiterung der Europäischen Union“ eines der Kernthemen der Arbeit der EU-Parlamentarier in Brüssel und Straßburg.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist bisher ein einmaliges Erfolgsmodell. Die Perspektive des Beitritts zur Union war und ist eine wichtige Grundlage für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa. Inzwischen stößt die Europäische Union nach der größten Erweiterungsrunde ihrer Geschichte im vergangenen Jahr jedoch an Grenzen.



### Phase der Konsolidierung gefragt

„Die Europäische Union braucht jetzt mehr denn je eine Phase der Konsolidierung, um das Gleichgewicht zwischen Vertiefung und Erweiterung wiederherzustellen. Sie muss dabei als politische Einheit handlungsfähig bleiben, denn sonst droht ihr der Zerfall in einen Staatenbund mit reinen Partikularinteressen“, warnte Elmar Brok (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Er fordert eine genauere Definition des Begriffs der Aufnahmefähigkeit und stärker als bisher die volle Erfüllung der Beitrittskriterien.

Neben der Einzelfallbetrachtung der Beitritts- und Kandidatenländer (Bulgarien, Rumänien, Türkei und Kroatien) ist die Entwicklung einer Gesamtstrategie gefragt.

## Merkel betont Bedeutung der EU

Den hohen Stellenwert, den Europa für die neue Bundesregierung genießt, hat Angela Merkel bereits zu Beginn ihrer Amtszeit herausgestellt.

Gleich an ihrem zweiten Tag als Kanzlerin besuchte sie die Europäische Union und sprach mit dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. In Zukunft



werde Deutschland seinen Beitrag leisten, um Europa weiter voranzubringen, sicherte Bundeskanzlerin Merkel auch dem Europäischen Parlament zu. Merkel sprach sich dafür aus, die Idee des Europäischen Verfassungsvertrages nicht vorschnell aufzugeben, sondern nach einer Denkpause weiter für die vollständige Verfassung einzutreten. „Europa braucht diese Verfassung, um handlungsfähig zu bleiben“, bekräftigte die Bundeskanzlerin. Sie werde sich dafür einsetzen, dass Europa wieder zu zukunftsorientierten Beschlüssen kommt.

„Wir brauchen eine neue Option zwischen der EU-Vollmitgliedschaft und der Europäischen Nachbarschaftspolitik, etwa in der Form des früheren Europäischen Wirtschaftsraums. Hier erwarte ich mir von der Kommission mehr Initiative und Kreativität, als dies bisher der Fall war“, so Elmar Brok.

Wichtig ist für diesen Weg allerdings auch die Unterstützung aus Berlin. Im Koalitionsvertrag haben CDU und CSU durchgesetzt, dass Deutschland für ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei eintritt, deren Ergebnis nicht garantiert ist. Sollte die Türkei nicht aufgenommen werden können, wird ihr privilegiertes Verhältnis zur Europäischen Union weiterentwickelt.

Auch in Zukunft wird Deutschland seinen Beitrag leisten, um Europa weiter voranzubringen.

Die Europäische Union braucht jetzt mehr denn je eine Phase der Konsolidierung, um das Gleichgewicht zwischen Vertiefung und Erweiterung wiederherzustellen.

## Auf ein Wort: Europa 2006 - Neue Namen, neue Chancen?

2005 war für Europa ein schweres Jahr. Die Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden gegen den EU-Verfassungsvertrag, der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die zähen Finanzverhandlungen über den EU-Haushalt, das alles hat die Europa-Skepsis der Bürger gefördert. In einer globalisierten Wirtschaftswelt gibt es jedoch keine Alternative zu einer starken Europäischen Union. Deshalb blicke ich mit Hoffnung auf das Jahr 2006.

Vielleicht schaffen neue Personen mehr Schwung im europäischen Einigungsprozess: Angela Merkel als neue deutsche Bundeskanzlerin, der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel als nächster Ratspräsident sowie Nicolas Sarkozy als französischer Innenminister und Vorsitzender der UMP mit seinem pragmatischen Ansatz für Europa.

Europa kann davon nur gewinnen!



Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr 2006!

R. Hieronymi



Nicht alles ist in Geld aufzuwiegen.

Europa ist für deutsche Unternehmen der zentrale Handelsplatz.

# Europa rechnet sich!

Die Frage, was uns die EU kostet und was sie uns nutzt, lässt sich dort, wo Gelder fließen, auch auf Euro und Cent berechnen. Einige der größten Erfolge Europas, die in Deutschland täglich und ganz selbstverständlich beansprucht werden, lassen sich nicht in Euro ausdrücken: **dauerhafter Frieden, eine starke Partnerschaft mit unseren Nachbarn und der Erhalt unserer Werte in einer globalisierten Welt.** Diese Verdienste der EU darf man nicht vergessen, wenn man nach den Kosten fragt.

## Profitiert Deutschland wirtschaftlich?

Europa ist für deutsche Unternehmen der zentrale Handelsplatz, und mit der Ost-Erweiterung haben sich schnell wachsende Zukunftsmärkte direkt vor unserer Haustür erschlossen.



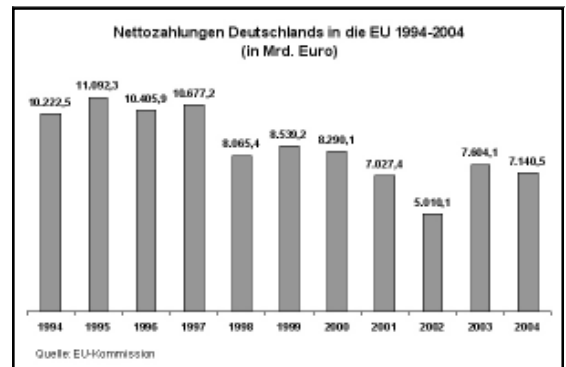
70% der deutschen Ausfuhren gehen in die Länder der EU. 60% der Importe nach Deutschland kommen aus EU-Ländern. Im Jahr 2004 wurden insgesamt

Waren im Wert von 733,5 Mrd. EUR ausgeführt, wovon Waren im Wert von 468,6 Mrd. EUR ihre Abnehmer in EU-Ländern fanden. Im gleichen Zeitraum kamen Waren im Wert von 346,5 Mrd. EUR aus der EU. Damit erzielte Deutschland im Jahr 2004 mit den EU-Ländern einen Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 122,1 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Zahl der deutschen Exporte in EU-Länder um 9,8%. Für Deutschland als Exportnation stellen also der Binnenmarkt der EU und die Osterweiterung einen kaum zu überschätzenden Pluspunkt dar.

Hinzu kommt, dass Deutschland als Europas größte Volkswirtschaft von allen EU-15-Ländern am stärksten vom Aufschwung in den neuen Mitgliedstaaten profitiert. Insgesamt kamen im Jahr 2004 über 40% aller Exporte der EU-15 in die neuen Mitgliedstaaten aus Deutschland. Die im gleichen Jahr um 8,5% gestiegenen deutschen Ausfuhren in diese Länder tragen dazu bei, in Deutschland wichtige Arbeitsplätze zu sichern. Der durch die EU-Mitgliedschaft zusätzlich erwirtschaftete Handelsbilanzüberschuss kompensiert die Nettokosten für die EU-Mitgliedschaft bei weitem.

## Ist Deutschland der Zahlmeister der EU?

Grundsätzlich richtet sich der Beitrag der EU-Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt nach der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. Der deutsche Anteil ist deshalb der größte, sinkt aber seit Jahren stetig. So gingen die deutschen Beitragszahlungen von 31% des Gesamtbudgets im Jahr 1995 auf 22,1% im Jahr 2005 zurück. Richtig ist, dass Deutschland in absoluten Zahlen dabei nach wie vor den größten Beitrag stellt. Doch vergleicht man die Netto-Beiträge pro Kopf und Jahr, zahlten 2004 nicht die Deutschen, sondern die Niederländer mit 126 EUR pro Kopf am meisten. Danach folgen die Schweden (119 EUR pro Kopf) und dann erst Deutschland mit 87 EUR pro Kopf. Die EU ist aber vor allem eine Versicherung für Frieden und Wohlstand - für nur 87 EUR pro Kopf und Jahr ein Schnäppchen!



## EU-Förderungen in Deutschland

Mit den Förderungen aus den Strukturfonds der EU sind in Deutschland (2002-2006 30 Mrd. EUR) bisher das Ruhrgebiet und die neuen Länder unterstützt worden, um Standortnachteile abzubauen. Seit dem Jahr 2000 flossen jährlich rund 15% der EU-Ausgaben für strukturpolitische Maßnahmen nach Deutschland. Nach Spanien ist Deutschland damit der zweitgrößte Empfänger von Strukturfondsmitteln. Auch von den Förderungen mit EU-Agrarmitteln in Höhe von 5,8 Mrd. EUR (2003) profitierten deutsche Landwirte. Deutschland ist deshalb nicht nur größter Beitragszahler, sondern auch drittgrößter Empfänger von EU-Mitteln. Die EU hat für Deutschland in finanzieller Hinsicht auch Vorteile.

## Insgesamt rechnet sich die EU für Deutschland!

### Nettobeiträge ausgewählter EU-Länder in den EU-Haushalt 2004

	Mrd. EUR	% des BNE		Mrd. EUR	% des BNE
Niederlande	2.035 Mrd.	0.44 %	Italien	2.947 Mrd.	0.22 %
Luxemburg	0.093 Mrd.	0.41 %	Frankreich	3.051 Mrd.	0.19 %
Schweden	1.060 Mrd.	0.38 %	UK	2.865 Mrd.	0.16 %
<b>Deutschland</b>	<b>7.140 Mrd.</b>	<b>0.33 %</b>	Dänemark	0.225 Mrd.	0.12 %

40% aller Exporte der EU-15 in die neuen Mitgliedstaaten kamen 2004 aus Deutschland.

# Slowenien: Neue Freunde in der EU

Zu einem Arbeitsbesuch war Ruth Hieronymi im Oktober 2005 in Slowenien. Auf Einladung der EU-Abgeordneten Ludmilla Nowak von der Partei Nova Slovenija (NSi), mit der sie in der Fraktion der EVP und im Kulturausschuss des Europaparlaments zusammenarbeitet, besuchte sie das Land. Gespräche mit Vertretern der Medien, der Politik und der Wirtschaft standen auf dem umfangreichen Besuchsprogramm.



Jahreshauptversammlung der NSi in Moravce

Bei den zahlreichen Treffen wurde immer wieder der Stellenwert der Deutsch-Slowenischen Partnerschaft betont, die auch innerhalb der EU von zunehmender Bedeutung ist.

Bei einem Besuch der Partnerpartei NSi im Parlament in Ljubljana sprach Ruth Hieronymi mit den Abgeordneten des slowenischen Parlaments über den EU-Verfassungsentwurf, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und die Erwartung an die Rolle Deutschlands in der EU und die Bundestagswahl. Die europäische Medienpolitik, eines der Kernarbeitsfelder von Ruth Hieronymi im Europaparlament, war an-

schließend Thema bei einem Treffen mit Vertretern des slowenischen Films und Fernsehens.

Bei weiteren Gesprächen trafen die beiden Europaabgeordneten Politiker und Kulturtreibende aus ganz Slowenien.

Im Süden stand der Besuch der venezianisch geprägten Stadt Piran auf dem Programm.

Der schmale Küstenstreifen Sloweniens grenzt an Italien und Kroatien, mit dem es noch Grenzstreitigkeiten gibt. Diese Streitigkeiten muss Kroatien lösen, bevor es EU-Mitglied werden kann.



Besuch bei einem Maskenschnitzer in Ptuj

Bei dem Bischof von Koper Msgr. Metod Pirih standen die Probleme der Kirche in Slowenien im Mittelpunkt des Gesprächs.

Im Nordosten - an der Grenze zu Ungarn und Kroatien - besuchten Ruth Hieronymi und ihre Gastgeber die alte Stadt Ptuj, die anstrebt, Kulturhauptstadt Europas 2012 zu werden. Hier gibt es eine an die alemannische Fasnacht erinnernde Maskentradition, den Korant.

Wenige Wochen nach diesem Arbeitsbesuch wurde Ludmilla Nowak zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NSi gewählt, man spricht von ihr als der „slowenischen Angela Merkel“.



Ljubljana (dt. Laibach)  
 Staatspräsident  
 Janez Drnovšek  
 Regierungschef  
 Janez Janša  
 Staatsform  
 Parlamentarische  
 Demokratie  
 Unabhängigkeitserklärung:  
 25. Juni 1991  
 Fläche  
 20.273 km<sup>2</sup>  
 Einwohnerzahl  
 1.964.036 (Stand 2002)  
 Bevölkerungsdichte  
 97 Einwohner pro km<sup>2</sup>

**Interesse an regelmäßigen  
 E-Mail-Infos aus  
 Brüssel und Straßburg ?  
 E-mail an: [hieronymi@t-online.de](mailto:hieronymi@t-online.de)  
 Ruth Hieronymi nimmt Sie gerne in  
 ihren Verteiler auf!**

## Diese Gruppen -rund 3000 Personen- haben im Jahr 2005 Ruth Hieronymi bei ihrer Arbeit vor Ort in Brüssel oder Straßburg kennen gelernt:

Papst-Johannes-XXIII.-Gesamtschule Pulheim; SU Köln-Kalk; Henry-Ford-Realschule Köln; Frauen-Computer-Club Bonn; FU Wesseling; Logistikamt BW Sankt Augustin; FU Bornheim; Deutsch-Ungarische u. Deutsch-Usbekische Gesellschaft Bonn; Freiwillige Feuerwehr Siegburg; Landrat-Lucas-Gymn. Leverkusen; Gesamtschule Beuel; Heimat- u. Geschichtsverein Beuel; St. Ursula-Gymn. Brühl; DGB-Frauen, Region Köln; VdK OV Köln-Poll; Montessori-Gymn. Köln; FH Köln; CDU Quadrath-Ichendorf; ELSA Bonn; KAB Köln; Albert-Einstein-Gymn. Sankt Augustin mit polnischer Austauschgruppe; Realschule Medinghoven mit polnischer Austauschgruppe; Komba-Gewerkschaft NRW; Ehemalige des Vereins DJK Don Bosco Beuel; Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg Köln; SU Erftstadt; Uni Bonn; Frauenselbsthilfe nach Krebs Siegburg/Sankt Augustin; Kath. Frauengemeinschaft Köln-Nippes; Gesamtschule Brühl; CDU Hürth-Berrenrath; Grundschule Blücherstraße Troisdorf; Ernst-Kalkuhl-Gymn. Bonn; IHK Bonn/Rhein-Sieg; CDU-Ortsverband Blerichen-Kirdorf; FU Swisttal; St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Brühl; Friedrich-List-Berufskolleg Bonn; Europa- Union Bonn/Rhein-Sieg u. Leverkusen; Bund Deutscher Baumeister, Architekten u. Ingenieure Köln; Bonner Theologengruppe; KDStV Stauffia zu Bonn; Caritasverband Bonn, Haus Mondial Bonn; Bürgerfahrten für Teilnehmer aus Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Köln, Rhein-Erft-Kreis und Leverkusen; Wilhelm-Busch-Realschule Köln-Zündorf; Gesamtschule Hennef; u.a.



Eine moderate Öffnung des Marktes und der Abbau bürokratischer Hindernisse bieten neue Exportchancen, insbesondere für den leistungsfähigen deutschen Dienstleistungssektor.

# Aktuell: Problemlöser Europäisches Parlament

## Dienstleistungsrichtlinie wird entschärft

Die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie wird auf Druck des Parlaments im Sinne der Bürger entschärft. Mit ihr will die EU erreichen, dass die Unternehmen in Europa stärker von der Dynamik des Dienstleistungssektors profitieren können. Während mittlerweile rund 75% unseres Brutto-sozialproduktes durch Dienstleistungen erarbeitet werden, stellen sie nur 12% des grenzüberschreitenden Handels. Eine moderate Öffnung des Marktes und der Abbau bürokratischer Hindernisse bieten neue Exportchancen, insbesondere für den leistungsfähigen deutschen Dienstleistungssektor. Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland sollen durch die bereinigte Richtlinie gefördert werden. Eine vernünftige Balance zwischen den sozialen und ökologischen Schutzinteressen und der Erleichterung des zwischenstaatlichen Handels mit Dienstleistungen ist das Ziel der Änderungsanträge der EVP.

## Daseinsvorsorge nicht betroffen

Die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch Staaten, Regierungen und Kommunen wird nicht eingeschränkt. Die Mitgliedstaaten bleiben für die Organisation des Gesundheitswesens, der gesetzlichen Krankenversicherung und der medizinischen Versorgung verantwortlich.

## Kein Sozialdumping

Der Befürchtung, die Dienstleistungsrichtlinie fördere Sozialdumping, soll der Boden entzogen werden, da weder der Arbeitsvertrag noch der Arbeitsschutz noch die Anerkennung von Berufsqualifikationen sich nach dem Recht des Herkunftslandes richten sollen. Die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Einhaltung von Mindestlöhnen vorzuschreiben, bleibt uneingeschränkt erhalten.

## Effektive Kontrolle

Eine effektive Kontrolle der Dienstleistungserbringer durch die Behörden vor Ort muss gewährleistet sein. Die Verantwortung soll wie bisher aber auch in Zukunft vor allem bei dem Land liegen, in dem die Dienstleistung erbracht wird. Die Behörden vor Ort erhalten zudem erstmals einen direkten Anspruch auf Auskunft gegenüber den Behörden im Land der Niederlassung des Anbieters. Damit wurde ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit geschaffen.

Mit diesen Korrekturen werden die in der Diskussion geäußerten Bedenken gegen die Richtlinie ausgeräumt. Die Haltung der EVP-Fraktion folgt im Wesentlichen dem Konzept von CDU und CSU.

Ohne die durch die EVP/CDU/CSU eingebrachten Änderungen wäre die Dienstleistungsrichtlinie ein Instrument einer weiteren Abschottung der Märkte geworden. Der Grundgedanke des europäischen Binnenmarktes, von dem Deutschland seit Jahrzehnten enorm profitiert, wäre so in sein Gegenteil verkehrt worden. Der Kompromissvorschlag des Parlaments sollte deshalb von den 25 Regierungen im Ministerrat breite Unterstützung erfahren.

## Chemie-Richtlinie REACH: Kompromiss verabschiedet

Ende November hat das Europäische Parlament über REACH - die Richtlinie zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien - abgestimmt.

„Ein klarer Fortschritt im jetzigen Beschluss ist die Vereinfachung bei der Registrierung chemischer Stoffe, die in Zukunft in Abhängigkeit von ihrem Gefährdungspotenzial erfolgen soll, und die beschlossene Reduzierung von Tierversuchen bei der Überprüfung von chemischen Stoffen“, erklärte die für Köln, Leverkusen und Rhein-Erft -eine der wichtigsten Chemieregionen der Welt- zuständige CDU-Europaabgeordnete Ruth Hieronymi nach der Abstimmung in Straßburg.

## Hieronymi fordert Verbesserungen

Mit den Stimmen der Sozialisten und Grünen wurde aber an der auf fünf Jahre befristeten Zulassung für chemische Stoffe festgehalten. „Das ist eine hohe Belastung für mittelständische Unternehmen und deren Arbeitsplätze.“ Keine Einigung wurde auch über das Problem der Importe aus Staaten, die nicht der EU angehören, erreicht. Auch dies ist eine massive Wettbewerbsverzerrung für europäische Unternehmen. „Wegen dieser Defizite habe ich dem Gesetzesvorschlag nicht zugestimmt“, erklärte Ruth Hieronymi. Sie hoffte auf weitere Verbesserungen durch den Rat. Dieser hat am 13.12.05 zwar die Befristung der Zulassung gestrichen, leider aber die Testanforderung auch bei nur kleinen Mengen spürbar erhöht. „Jetzt kann nur noch das Parlament in 2. Lesung mehr Umweltschutz bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze ermöglichen.“



Chemie-Richtlinie REACH: Wichtige Weichenstellung für die Chemieregion am Mittelrhein



### Impressum:

Ruth Hieronymi MdEP  
Europabüro Mittelrhein  
Marienstr. 8, 53225 Bonn  
Tel.: 0228 47 30 01, Fax: 47 74 99

Europäisches Parlament Brüssel  
Rue Wiertz, ASP 15 E 261, B-1047 Brüssel  
Tel.: +32 2284 5859, Fax: -9859

www.hieronymi.de hieronymi@t-online.de  
Fotos: Hieronymi / photocase.com / cdu.de